Plenarprotokoll 14/186

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

186. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 12. September 2001

Inhalt:

186. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 12. September 2001

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Bundestag hat angesichts der dramatischen und bestürzenden Terroranschläge auf das amerikanische Volk seine Haushaltsberatungen unterbrochen. Sie werden in der kommenden Sitzungswoche fortgesetzt; so eine Vereinbarung zwischen allen Fraktionen.

Ich bitte Sie nun, sich zu erheben. Wir wollen der Toten der furchtbaren Anschläge in New York und Washington gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur

Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika

Das Wort hat Herr Bundeskanzler Schröder.

Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der gestrige 11. September 2001 wird als ein schwarzer Tag für uns alle in die Geschichte eingehen. Noch heute sind wir fassungslos angesichts eines nie da gewesenen Terroranschlags auf das, was unsere Welt im Innersten zusammenhält.

Wir wissen noch nicht, wer hinter dieser Kriegserklärung an die zivilisierte Völkergemeinschaft steht. Wir wissen noch nicht einmal, wie viel Tausende ganz und gar unschuldige Menschen den feigen Attentaten zum Opfer gefallen sind. Wir wissen und erfahren aber: Jetzt geht es darum, unser Mitgefühl, unsere Solidarität zu zeigen: Solidarität mit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar Solidarität aller, die für Frieden und Freiheit einstehen, in Deutschland, in Europa, überall auf der Welt.

2 000 Menschen haben sich gestern Abend zu einer spontanen Beileidskundgebung und zu einem Gottesdienst im Berliner Dom versammelt. Im Anschluss an diese Sitzung des Deutschen Bundestages wird ein ökumenischer Trauergottesdienst in der Sankt-Hedwigs-Kathedrale stattfinden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben dazu aufgerufen, am Donnerstag um 10 Uhr für fünf Minuten in der Arbeit innezuhalten. Die Bundesregierung wird diesem Aufruf für die Institutionen des Bundes folgen.

Meine Damen und Herren, ich habe dem amerikanischen Präsidenten das tief empfundene Beileid des gesamten deutschen Volkes ausgesprochen. Ich habe ihm auch die uneingeschränkte – ich betone: die uneingeschränkte – Solidarität Deutschlands zugesichert. Ich bin sicher, unser aller Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Ihnen gilt unser Mitgefühl, unsere ganze Anteilnahme.

Ich möchte hier in Anwesenheit des neuen amerikanischen Botschafters Dan Coats noch einmal ausdrücklich versichern: Die Menschen in Deutschland stehen in dieser schweren Stunde fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall im ganzen Hause)

Selbstverständlich bieten wir den Bürgern und Behörden der Vereinigten Staaten von Amerika jede gewünschte Hilfe an, natürlich auch bei der Ermittlung und Verfolgung der Urheber und Drahtzieher dieser niederträchtigen Attentate.

Bei meinem Gespräch mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden am gestrigen Abend bestand völlige Einmütigkeit darüber, dass diese außergewöhnliche Situation das Zusammenstehen aller Demokraten erfordert. Die gestrigen Anschläge in New York und Washington sind nicht nur ein Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika; sie sind eine Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt. Diese Art von terroristischer Gewalt, das wahllose Auslöschen unschuldiger Menschenleben stellt die Grundregeln unserer Zivilisation infrage. Sie bedroht unmittelbar die Prinzipien menschlichen Zusammenlebens in Freiheit und Sicherheit, all das also, was in Generationen aufgebaut wurde. Gemeinsam werden wir diese Werte – sei es in Amerika, sei es in Europa oder wo auch immer in der Welt – nicht zerstören lassen.

In Wirklichkeit – das zeigt sich immer mehr – sind wir bereits eine Welt. Deshalb sind die Anschläge in

(A) New York, dem Sitz der Vereinten Nationen, und in Washington gegen uns alle gerichtet. Der gestrige terroristische Angriff hat uns noch einmal vor Augen geführt: Sicherheit ist in unserer Welt nicht teilbar. Sie ist nur zu erreichen, wenn wir noch enger für unsere Werte zusammenstehen und bei ihrer Durchsetzung zusammenarbeiten.

Wir müssen nun rasch noch wirksamere Maßnahmen ergreifen, um dem Terrorismus weltweit den Nährboden zu entziehen. Es hat zu gelten: Wer Terroristen hilft oder sie schützt, verstößt gegen alle fundamentalen Werte des Zusammenlebens der Völker. Ich habe noch gestern Abend mit dem französischen Staatspräsidenten Chirac und Ministerpräsident Jospin, mit dem britischen Premierminister Blair und dem russischen Präsidenten Putin gesprochen. Wir sind uns in der Bewertung einig, dass diese Terrorakte eine Kriegserklärung an die freie Welt bedeuten.

Die Außenminister der Europäischen Union werden noch heute zu einer Sondersitzung zusammentreten. Danach wird es notwendig sein, dass die Europäische Union auf höchster Ebene ihre Solidarität zum Ausdruck bringt. Ich habe den amtierenden Ratspräsidenten der Europäischen Union, den belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt, gebeten, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

Viele Menschen werden sich fragen: Was bedeuten diese Anschläge für uns in Deutschland? Ich habe gestern Abend unverzüglich eine Sitzung des Bundessicherheitsrates einberufen. Wir haben auf der Grundlage der uns zugänglichen Informationen die Lage eingehend analysiert. Derzeit liegen keine Hinweise auf eine außerordentliche (B) Bedrohung der Sicherheit unseres Landes vor. Gleichwohl haben wir zusätzliche Maßnahmen ergriffen, die zum Schutz der Menschen in unserem Land erforderlich sind. Das betrifft insbesondere die Sicherheit des Luftraums und des Flugverkehrs sowie den Schutz amerikanischer und anderer herausgehobener Einrichtungen.

Darüber hinaus werden wir gemeinsam überlegen müssen, welche längerfristigen Konsequenzen aus diesen fürchterlichen Anschlägen zu ziehen sind. Der Bundessicherheitsrat wird heute Vormittag zu einer erneuten Sitzung zusammenkommen. Es ist selbstverständlich, dass wir alle Fraktionen des Deutschen Bundestages, die Vorsitzenden der politischen Parteien, aber auch die Öffentlichkeit über die weiteren Entwicklungen informieren werden. Die nächste Unterrichtung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden erfolgt, wie verabredet, bereits heute Mittag im Bundeskanzleramt.

Ich bin davon überzeugt: Gemeinsam werden wir uns dieser verbrecherischen Herausforderung gewachsen zeigen. Freiheit und Demokratie, die Werte des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und der Völker, werden diese Prüfung bestehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen: Auf der Tribüne hat der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herr Dan Coats, mit seiner Gemahlin Platz genommen.

(C) Wir sind dankbar für die Gelegenheit, ihm von dieser Stelle aus unsere Trauer um die Opfer, unser Mitgefühl mit ihren Angehörigen und unsere Solidarität mit dem ganzen amerikanischen Volk übermitteln zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Wort hat nun der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz.

Friedrich Merz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben am gestrigen Tag zutiefst erschüttert die Tragödie verfolgt, die das amerikanische Volk durch mehrere verabscheuungswürdige Terroranschläge getroffen hat. Wir sind entsetzt und fassungslos: Wir ringen um Worte für Dinge, die sich nicht in Worte fassen lassen. Diese Fernsehbilder werden wir nicht vergessen.

Die schrecklichen Anschläge haben nicht nur unsere amerikanischen Freunde getroffen, sie haben uns alle getroffen. Sie sind ein Angriff auf die Zivilisation, auf die Freiheit und auf die Offenheit unserer Gesellschaften. Sie sind ein Angriff auf die Grundwerte, die das friedliche Zusammenleben der Völker und der Menschen überhaupt erst möglich und das Leben der Menschen wertvoll machen. Das Böse schlechthin, Menschenverachtung und Barbarei haben uns gestern angegriffen.

Wir stehen in diesen schwersten Stunden an der Seite Amerikas. Wir wissen, wo unser Platz ist. Wir alle säßen heute nicht hier, im Deutschen Bundestag in Berlin, wenn nicht die Amerikaner vor 50 Jahren Solidarität mit uns Deutschen gezeigt hätten. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich meine, dass niemand in der Welt so viel Grund hat, nun Solidarität mit Amerika zu zeigen, wie wir. Wir beten für die Opfer, für ihre Angehörigen und für das ganze amerikanische Volk. Jeder parteipolitische Streit hat jetzt in unserem Lande zurückzustehen. Unseren amerikanischen Freunden sind wir in tiefer Anteilnahme und fester Freundschaft, gerade jetzt, besonders nahe.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Peter Struck, das Wort.

Dr. Peter Struck (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schmerz, das Entsetzen und die Fassungslosigkeit sind weltweit. Wir trauern um Tausende von Toten in den USA, in New York und Washington. Die Bilder dieser nie geahnten Brutalität werden uns nicht mehr loslassen, sie werden uns unser ganzes Leben begleiten.

Wir trauern, weil wir gestern die Abkehr von jeglichen zivilisierten Werten erlebt haben. Flugzeuge, besetzt mit friedlichen Menschen, wurden umgemünzt in mörderische Projektile. Die Angriffe waren eine Kriegserklärung an die Werte der demokratischen und zivilisierten Welt. Ihre Folgen können wir noch nicht abschätzen.

Dr. Peter Struck

(A) Unser tiefes Mitgefühl gilt allen, die gestern in New York oder in Washington aus ihrem friedlichen Leben in sinnlose Vernichtung gerissen worden sind. Unsere Gedanken und unsere Solidarität gehören dem amerikanischen Volk, das durch mörderische Kräfte angegriffen worden ist. Wir alle müssen wissen, dass die Angriffe nicht nur Tausende von Amerikanern getötet haben, sondern dass sie auch die gesamte Welt getroffen haben. Heute sind wir alle Amerikaner.

(Beifall im ganzen Hause)

Viele unserer Mitbürger haben in der letzten Nacht in Trauergottesdiensten, in Gebeten sowie in von Entsetzen und Verzweiflung geprägten Gesprächen dieses GAUs gegen die Humanität gedacht. Sie haben die Nähe zu Freunden, Nachbarn und Mitmenschen gesucht, um des Unfassbaren Herr zu werden. Wir haben gestern erfahren, wie verletzbar die von uns geschaffene Ordnung ist. Wir haben erfahren, dass das 21. Jahrhundert hinter den Brutalitäten der Vergangenheit nicht zurücksteht. Wir alle ahnen, dass sich die Weltordnung seit gestern verändert hat.

Zusammen mit der Bundesregierung versichern wir unseren amerikanischen Freunden, dass wir sie in diesen Stunden nicht alleine lassen. Unsere Gedanken und unsere Gefühle sind bei den Opfern, bei deren Angehörigen und bei allen, die genauso fassungslos wie wir sind. Gemeinsam mit dem amerikanischen Volk werden wir alles tun, um den teuflischen Kräften das Handwerk zu legen.

(Beifall im ganzen Hause)

(B) **Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Dr. Wolfgang Gerhardt.

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den großen Veränderungen im ausgehenden letzten Jahrhundert hat Joachim Fest einmal geschrieben, ob sich die freien Gesellschaften ausreichend klar über die Voraussetzungen ihrer freiheitlichen Existenz seien. Dabei ging es ihm um das Bewusstsein, das wir gestern angegriffen fühlten, um eine Zivilisation, die auf einem Grundbestand von Regeln für menschliches Maß fußt, die aber auch ein scharfes und waches Bewusstsein für die großen Gefährdungen hat, die von Menschen ausgehen können. Fest schrieb – nahezu wörtlich –: Eine Zivilisation braucht befestigte Linien, die niemandem preisgegeben werden dürfen. – Darum geht es. Es geht uns und unseren amerikanischen Freunden um diesen Kern des gemeinsamen Nenners, der Deutschland aus seiner größten Katastrophe herausgebracht hat und eine gefestigte transatlantische Partnerschaft begründet hat, die wir nicht zerschlagen lassen werden, durch wen auch immer.

(Beifall im ganzen Hause)

Heute, einen Tag nach einem unbegreiflichen, unfassbaren und unvorstellbaren Anschlag, der unsere amerikanischen Freunde getroffen hat, der aber uns allen galt, müssen wir jenseits aller Diskussionen wieder auf den Kern zurückkommen. Wir müssen wissen, wo wir stehen, ohne jeden Schnörkel. Dies heißt, dass der gestrige Anschlag auch ein Anschlag auf unsere Zivilisation, auf unsere Werte, auf unser Leben, auf alle Menschen war, die in freiheitlichen Gesellschaften leben. Deshalb steht für die Freie Demokratische Partei außer Frage: Wir sind an der Seite der Vereinigten Staaten von Nordamerika und wir bleiben an ihrer Seite. Wir fühlen mit unseren Freunden in Nordamerika und wir trauern mit den Familien um ihre Toten. (C)

Wir sind heute nicht in der Lage, wirklich zu erkennen, wer für diesen feigen Mord an Menschen verantwortlich ist. Wir wissen nur eines: Der Geist der Menschen, die für den Anschlag verantwortlich sind, darf niemals obsiegen. Freiheitliche Demokratien sind zwar empfindlich. Sie sind auch leicht zu gefährden und sie sind verwundbar. Aber sie sind letztlich nicht wehrlos. Wir werden in der Lage sein, uns am Ende zu behaupten sowie Gewalt und Unterdrückung zurückzuweisen, weil es keine Alternative dazu gibt.

(Beifall im ganzen Hause)

Es klingt jetzt groß und die Menschen, die uns bei diesen ersten Stellungnahmen vielleicht zusehen, werden angesichts der Dramatik des Ereignisses Skepsis haben. Aber wir müssen ihnen sagen – das ist unsere Überzeugung –: Wir sind davon überzeugt, wie es der amerikanische Präsident ausgedrückt hat, dass wir, die Menschen, die in Freiheit leben wollen, die sich gegenseitig respektieren wollen, die Toleranz üben und die Probleme friedlich lösen wollen, gewinnen werden, weil wir sonst überhaupt nicht zuversichtlich leben können.

Wir wollen ihnen aber auch sagen, in welchem Stil wir das tun. Wir wollen als Vertreter unterschiedlicher Kräfte unseren deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen: Wir wollen das gemeinsam tun. Wir, das sind die Vertreter, aber auch die Mitglieder der demokratischen Parteien, denen wir angehören, die demokratisch gewählte legitimierte Regierung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Europäische Union. Wir, das sind am Ende die Deutschen und die Amerikaner, weil uns eine gemeinsame Geschichte verbindet. In einer globalisierten Welt muss jeder wissen, dass seine Haltung, seine Reaktion, seine Entscheidungen zugleich viele Menschen überall auf diesem Erdball mit betreffen. Niemand kann so tun, als hätte er in seinen eigenen Entscheidungen und in seiner Haltung nicht auch zugleich ganz persönliche Verantwortung für die Geschicke der ganzen Menschheit. Das müssen wir nach einem solchen Ereignis eindringlich in das Bewusstsein der Öffentlichkeit hineinbringen. (D)

Ich hoffe, wir alle hoffen, dass unsere amerikanischen Freunde spüren, dass – trotz unterschiedlicher Lagebewertungen, die wir oft hatten, und manchmal trotz der Erwartung feinfühligerer Reaktionen bei einer großen Macht, aber auch gleichzeitig der Erwartung der Vereinigten Staaten von Amerika, denen Europa so kompliziert erschien, dass wir doch manche Fragen weltweit klarer beantworten – Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Lageeinschätzungen angesichts eines solchen Ereignisses gewaltig an Bedeutung verlieren. Ich hoffe, dass sie spüren, dass sie durch eigenes Engagement in einer schwierigen Situation unserer Geschichte in Deutschland wirklich einen großen Freund gewonnen haben, der

(A) auch dauerhaft und überzeugt an ihrer Seite bleibt und mit ihnen fühlt.

Wir verneigen uns vor den Toten und sprechen ihren Familien und dem amerikanischen Volk unser Mitgefühl aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch.

Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fassungslos haben wir den gestrigen Tag erlebt. Nach wie vor gibt es keine Worte, die der Dimension von menschenverachtender Gewalt und Terror gerecht werden können. So schrecklich die Bilder sind, sie können nur einen vagen Eindruck davon geben, was den unschuldigen Opfern in Washington und New York tatsächlich geschehen ist: Tausende von Toten in der Zivilbevölkerung, unter Frauen und Männern bei der Arbeit oder auf dem Weg zur Arbeit, unter Kindern auf dem Weg zur Schule, Schockwellen bei denjenigen, die dem Inferno entkamen.

Die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion und die Mitglieder unserer Partei denken an die Opfer und die Angehörigen und sprechen ihnen unser tiefes Mitgefühl und unser Beileid aus, wohl wissend, dass diese Geste klein und ohnmächtig ist. Unsere Solidarität gilt dem gesamten
(B) amerikanischen Volk, dem Präsidenten und seiner Regierung.

Diese Terroranschläge treffen unsere amerikanischen Freunde. Aber gerade die Städte der Vereinigten Staaten sind Heimat und Aufenthaltsort für viele Menschen aus aller Welt und so trifft es mit den Opfern und den Einwohnern New Yorks und Washingtons auf ganz reale Weise die ganze Welt.

Es ist ein Anschlag auf die offene Gesellschaft überhaupt. Die Tat und die Täter spotten der Demokratie und der Freiheit, indem sie die Verwundbarkeit offener Gesellschaften demonstrieren, demonstrieren wollen. Gerade wir Deutschen haben den Vereinigten Staaten in der Entwicklung unseres Landes zu einer weltoffenen und liberalen Demokratie viel zu verdanken. Das wissen wir und umso klarer und umso entschiedener stehen wir deshalb in diesen Stunden zu unseren amerikanischen Freunden und zum amerikanischen Volk.

(Beifall im ganzen Hause)

Dieser 11. September wird die Welt verändern; er hat sie schon verändert. Und es ist schwer, den Umfang dieser Veränderung heute zu ermessen. Seien wir uns bewusst, dass auf die internationale Staatengemeinschaft, auf Europa, auch auf diese Regierung und dieses Parlament eine große Herausforderung zukommt, und stehen wir zusammen, dass wir sie alle gemeinsam und gemeinsam mit dem amerikanischen Volk bewältigen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort (C)
dem Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Roland Claus.

Roland Claus (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle sind gut beraten, den Atem anzuhalten. Alle Worte erscheinen zu schwach, das Ausmaß dieses kriegerisch-terroristischen Anschlags zu erfassen. Ohnmacht, Wut und Trauer verbinden Europa und Amerika. Wir empfinden tiefes Mitgefühl und Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Vereinigten Staaten und den politisch Verantwortlichen in den USA. Wir bemühen uns, ihre Gefühle, ihr Entsetzen zu verstehen. Ich sage dies für eine demokratisch-sozialistische Linke in Deutschland, die sich bekanntlich oftmals kritisch zur Politik der USA verhält, die aber diese Kritik weder heute noch früher als Antiamerikanismus verstanden hat.

(Beifall bei der PDS)

Nichts, absolut nichts rechtfertigt den kriegerischen Akt einer noch anonymen Macht. Es ist ein Anschlag auf die zivile Gesellschaft, auf Kultur und Humanität. Es hat das Herz nicht nur der amerikanischen, sondern auch der Weltgesellschaft getroffen. Ich möchte, dass wir noch eine Weile den Atem anhalten, noch eine Weile in der Stille der Nachdenklichkeit verweilen. Wir müssen unser Entsetzen verarbeiten. Wir müssen uns besinnen, um besonnen handeln zu können, gerade weil die zivilen Strukturen der Weltgesellschaft gegen Gewalt, Willkür und Menschenverachtung zu verteidigen sind. Es geht um nichts Geringeres als um den Frieden in einer Welt, die ihren Frieden noch immer nicht gefunden hat. Für alle
Verantwortlichen, für alle Menschen hoffen wir auf (D)
Weisheit, Klugheit und Besonnenheit auf diesem Weg. In diesen Tagen entscheidet sich, wie zivilisiert die zivilisierte Welt ist.

Wir ahnen, dass der gestrige Tag eine tiefe Zäsur im Sicherheitsdenken der letzten Jahrzehnte ist; gingen doch so viele davon aus, dass eine Sicherheit gegen alle Unwägbarkeiten möglich sei. Heute wissen wir: Sie ist nicht möglich. Nachzudenken über eine Sicherheit, die menschenmöglich ist und dabei menschlich bleibt, über eine Sicherheit, die dem Recht folgt und gerecht sein will, über eine Sicherheit, die freiheitlich und auf Ausgleich bedacht ist, das ist das Gebot der Stunde.

Die Regierungen und Parlamente allein werden das nicht schaffen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, brauchen wir all die Gedanken der Wissenschaft, der Kultur; wir brauchen den Dialog mit der Bevölkerung unseres Landes und den Austausch der Weltgemeinschaft, deren Herz dieser Angriff getroffen hat.

Meine Damen und Herren, Amerika hat in diesen Stunden diese Solidarität über Parteigrenzen hinweg nötig und Amerika soll wissen: Über alle politischen Differenzen hinweg wird es diese Solidarität auch geben.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU, Michael Glos, das Wort.

(A) **Michael Glos** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Tag sieht die Menschen in Deutschland in Trauer und Mitgefühl vereint mit unseren Freunden in Amerika. Wir alle sind entsetzt und bestürzt. Wir empfinden den tiefen Einschnitt durch diese abgrundtief böse und verabscheuungswürdige Tat. Der Bundeskanzler hat dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem ganzen amerikanischen Volk die uneingeschränkte Solidarität unseres Landes und seiner Menschen versichert. Wir schließen uns dem ausdrücklich an. Mit allen Gedanken und dem ganzen Herzen sind wir bei den vielen Tausenden Opfern und ihren Familien und wir werden für sie beten.

Dieser Tat aus der Hölle müssen wir die Solidarität der zivilisierten und der freien Welt entgegensetzen. Hier in Berlin erinnert das Luftbrückendenkmal an die großherzige Hilfsbereitschaft unserer amerikanischen Freunde für Menschen, die in Not waren und deren Freiheit bedroht war. Wir Deutschen haben gewaltige Freundschaft erfahren dürfen. Wir wollen in dieser Stunde des Grauens diese Freundschaft aus tiefster Überzeugung erwidern und wir müssen auch bereit sein, alle Mittel unseres Landes einzusetzen, um zu helfen, wo wir helfen können. Hierbei kann es uns durchaus passieren, dass wir noch stärker gefordert werden, als wir es heute wissen. (C)

Vieles wird nach dieser feigen und furchtbaren Tat anders sein. Unser gemeinsamer Einsatz für Freiheit und Recht, gegen Terror und Verblendung darf aber niemals zu erschüttern sein. Der Terror kann Leid und Zerstörung über viele Menschen bringen; aber die Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit und der Zivilisation darf er niemals zerstören.

Die Anschläge in New York und Washington stellen auch bei uns die Fragen der Sicherheit neu und sie haben uns allen unsere Verletzlichkeit bewusst gemacht. Aus dieser Stunde der Solidarität der Demokraten wollen wir gemeinsam den festen Willen mitnehmen, auch die nötigen Prioritäten für die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen, unserer Verbündeten und Freunde zu setzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 9.33 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenographischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Altmann (Aurich), Gila	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2001
Behrendt, Wolfgang	SPD	12.09.2001**
Bohl, Friedrich	CDU/CSU	12.09.2001
Deligöz, Ekin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2001
Dr. Doss, Hansjürgen	CDU/CSU	12.09.2001
Ernstberger, Petra	SPD	12.09.2001***
Götz, Peter	CDU/CSU	12.09.2001
Hauer, Nina	SPD	12.09.2001
Hauser (Bonn), Norbert	CDU/CSU	12.09.2001
Hermenau, Antje	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	12.09.2001
Hörster, Joachim	CDU/CSU	12.09.2001
Dr. Hornhues, Karl-Heinz	CDU/CSU	12.09.2001**
(B) Klemmer, Siegrun	SPD	12.09.2001
Dr. Kohl, Helmut	CDU/CSU	12.09.2001
Nolte, Claudia	CDU/CSU	12.09.2001
Raidel, Hans	CDU/CSU	12.09.2001***
Rehbock-Zureich, Karin	SPD	12.09.2001
Dr. Schäfer, Hansjörg	SPD	12.09.2001
Schloten, Dieter	SPD	12.09.2001***
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	12.09.2001**
Schütz (Oldenburg), Dietmar	SPD	12.09.2001
Stöckel, Rolf	SPD	12.09.2001***
Wiesehügel, Klaus	SPD	12.09.2001
Wistuba, Engelbert	SPD	12.09.2001
Wolf, Aribert	CDU/CSU	12.09.2001
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	SPD	12.09.2001
Zierer, Benno	CDU/CSU	12.09.2001*

* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
** für die Teilnahme an den Sitzungen der Westeuropäischen Union
*** für die Teilnahme an der 106. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union

Anlage 2

Nachträglich zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung

– **des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002)**

– **der Unterrichtung: Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005**

(Tagesordnungspunkt 1 a und b, 185. Sitzung)

Susanne Jaffke *(CDU/CSU):* Unzweifelhaft ist dieser Haushaltsplanentwurf der letzte, der regulär von diesem Parlament beraten wird. Ich glaube, es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ich zitiere: „Und das ist gut so!“ Und bei näherer Betrachtung des Gesamtwerkes bleibt wie in den vergangenen Jahren nur festzustellen: Tricks und Täuschungen! Aber wir wollen uns ja auch ein bisschen in die spezifischen Niederungen des Haushaltes des Bundesministers der Finanzen begeben und damit die Frage beantworten, ob dieser Minister seine oft verkündeten hehren Sparziele auch selbst einhält. Dabei bleibt mir nichts weiter übrig als festzustellen: Zahlen manipuliert, Realität verdrängt. (D)

Wenden wir uns doch in diesem Zusammenhang kurz der Bundesfinanzverwaltung – langläufig auch als Zollverwaltung bekannt – zu. Nun kündigt der Herr Minister Eichel zum Beispiel seit langem die Feinkonzeptionierung der Strukturreform der Bundesfinanzverwaltung an. Ein Vorhaben, welches die CDU/CSU-Fraktion durchaus nicht rundweg ablehnt. Allerdings bleiben wir bei unserer Aussage, dass der Erhalt des Zolls in der Fläche als Dienstleister der Wirtschaft eine klare Vorrangstellung einnehmen muss. Die bisher spärlichen Hinweise von informierter Seite lassen aber Böses erahnen. Da geht es wohl eher um Dienststellenverlagerung, die ganz zufällig in ministeriellem sowie staatssekretärsnahem Wohnumfeld liegen. Was für ein Zufall! Es sei allen Kommunen eine Bundesbehörde gegönnt, aber nicht hier schließen und dort neu errichten! Das spart nicht.

Noch mal: Wichtigstes Kriterium bleibt für uns bei Strukturveränderungen die Dienstleistungsfähigkeit. Aber genauso wichtig sollte einem Dienstherrn die Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten sein, die ja mit Familien einen Wohnortwechsel – gegebenenfalls auch Schulwechsel der Kinder und Ähnliches – vornehmen müssen. Durch die lang andauernde nicht nur Nicht-Veröffentlichung der Pläne, sondern auch Nicht-Entscheidung des Ministers werden die Zollbeamten seit langem im Unklaren über ihre Dienstverwendung und somit auch ihre persönliche Lebensplanung gelassen.

Dann wird in diesem Zusammenhang mehr oder weniger laut sogar über eine Teilprivatisierung hoheitlicher

(A) Aufgaben spekuliert. Man muss sich das einmal vorstellen. Da werden doch ernsthaft Überlegungen angestellt, klassische Aufgaben des Zolls – wie Verplombung, Überprüfung und Durchsuchung von Fahrzeugen sowie Treibstoffkontrollen – an private Sicherheitsdienste zu übertragen. Abgesehen davon, dass dies nach dem Grundgesetz klassisch hoheitliche Aufgaben sind, frage ich mich, wie es wohl um die Sicherheit der diensttuenden Beamten bestellt ist. Ich möchte dabei an die bedauerlichen Unfälle vor drei Jahren an der EU-Außengrenze erinnern.

Die Eigensicherung bei Beamten setzt zwingend voraus, dass mindestens zwei Beamte zusammen bei der Durchführung ihrer Aufgaben tätig werden. Wenn es also zu einem Einspareffekt kommen soll, kann dies nur durch eine Reduzierung der Sicherheit unserer Beamten stattfinden! Wenn das die Einsparungen des Herrn Minister sein sollen, so ist das mit uns nicht zu machen – wird ja auch nicht passieren. Nächstes Jahr stellen wir dann einen kompetenten Minister.

Wenden wir uns einem zweiten Schwerpunkt dieses Haushaltes zu: der Bundesliegenschaftsverwaltung. Da soll doch tatsächlich die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb, kurz GEBB genannt, nicht mehr benötigte Liegenschaften vermarkten. Aber vielleicht – so verlautet ja gelegentlich auch aus der Exekutive – wird die gesamte Bundesliegenschaftsverwaltung privatisiert oder ähnlich. Na, jedenfalls herrscht bei den in den letzten Jahren sichtbar erfolgsorientierten Mitarbeitern – immerhin wurden in den letzten Jahren jährlich mehr als eine Milliarde Erlöse erzielt – große Verunsicherung bezüglich ihrer zukünftigen Verwendung bzw. Aufgabenstellung. (B) Aber auch hier trifft die Aussage zu: Ende nächsten Jahres kann aufgeatmet werden. Wir werden nicht zulassen, dass besonders lukrative und gut verwertbare Objekte von „Starprivatisierern“ erfolgreich vermarktet werden und „Ladenhüter“ von den Beamten verwaltet werden dürfen.

Aber wenn ich schon etwas zu den Liegenschaften sage, möchte ich hier besonders auf die Situation der neuen Bundesländer eingehen. Ich finde es geradezu eine Frechheit, wie diese Bundesregierung mit ihrem Chefsachen-Kanzler an der Spitze mit den Problemen in den neuen Bundesländern umgeht. Das muss man ja mal sagen dürfen. Da erscheint dieser Chefsachen-Kanzler in Mecklenburg-Vorpommern, eröffnet die Hanse-Sail auf einem Schiff, welches der Hansestadt Greifswald gehört, und der Oberbürgermeister dieser Stadt, der gottlob nicht der SPD angehört, wird einfach ausgeladen! Bei der Visite der A 20 im Uecker-Randow-Kreis wurden Landrat, Bürgermeister und alle anderen CDU-Abgeordneten sowie -repräsentanten einfach polizeilich abgesperrt, ebenso die Kreishandwerkerschaft und die Gewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt.

Ein Gespräch zum Aufnehmen von Sorgen und Nöten dieser Menschen war nicht erwünscht. Der Halt des Kanzlertrosses wurde 3 Kilometer in unbewohntes Gelände verlagert. Gelebte ehemalige DDR-Bürger kennen so etwas schon. Es ist erst elf Jahre her, dass die Regierung sich vor dem normalen Volk versteckte. Aber sicher hat (C) das damit zu tun, dass von der versprochenen Standortsicherheit in Eggesin/Karpin, die ja noch im Jahr 2000 sowohl von Herrn Schröder als auch von Herrn Scharping bestätigt wurde, ganze 55 Dienstposten von ehemals 1 792 übrig bleiben. Mit diesem damit verbundenen Folgeproblemen – errichtete Bundesbedienstetenwohnungen, Infrastrukturinvestitionen in Wasser und Abwasser, neue Schulen, Sportanlagen – darf sich jetzt die Kommune rumschlagen. Sicher wäre bei Standortlagen im Herzen Deutschlands die Situation einfacher. Aber bei der extremen Randlage interessiert es eben niemanden von dieser hehren Bundesregierung, welche Auswirkungen ihre Entscheidungen haben.

Der Kollege Diller, der in der Zeit von 1994 bis 1998 kontinuierlich einen Konversionsfonds gefordert hatte und ihn in Form von Umsatzsteueranteilen beim Länderfinanzausgleich auch bekommen hat, will jetzt in seiner neuen Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär nichts mehr davon wissen. Er sollte mal seine Antworten auf zahlreiche schriftliche Anfragen von betroffenen Kollegen selbst lesen. Es ist eine Schande!

Ich erwarte, dass der Bund seiner Verantwortung hier sofort nachkommt. Und nicht nur dahin gehend, dass das Altschuldenhilfegesetz dringend novelliert und angepasst werden muss, vielmehr muss das Wohnungsleerstandsproblem aktiv angegangen werden. Ich erwarte, dass der Bund die ihm noch gehörenden Wohnungen nicht mehr sinnlos zu privatisieren versucht und damit weitere Konkurrenz zu kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen provoziert, sondern dass diese einem geordneten Abbruch zugeführt werden, und zwar unter (D) Mitarbeit der Kommunen. Diese haben die Planungshoheit und so könnte wenigstens sinnvoll Wohnumfeldgestaltung koordiniert werden.

Anmerken möchte ich noch zwei Themenschwerpunkte: Abgesehen davon, dass das Engagement in diesem Haushalt bei den Treuhandnachfolgeunternehmen gegen Null geht und – ganz im Gegenteil – diese Unternehmen durch Liquiditätsentzug an den Rand der Wirtschaftlichkeit gedrängt werden, werden insgesamt die Mitte für die GA-Ost-Förderung drastisch reduziert. Vielleicht ist es wichtig zu betonen, dass die GA Ost mit 20,5 Milliarden DM bzw. 10,48 Milliarden Euro geringer ist als die Einnahmen aus dem Soli-Zuschlag. Der beträgt nämlich 22,3 Milliarden DM bzw. 11,4 Milliarden Euro.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Privatisierungspolitik. Ich halte die ausgewiesene Einnahmegröße für nicht realisierbar. Und mit welcher Brutalität diese Regierung privatisiert, hat im letzten Jahr die Veräußerung der Bundesdruckerei gezeigt. Seit gestern ist nun bekannt – jeder, den es interessiert, kann im „FAZ“-Artikel vom 8. September alles nachlesen –, dass dieses Unternehmen nicht nur schlecht privatisiert wurde, sondern wohl auch der geplante Erlös nicht realisiert werden kann. Das zeigt nun wohl doch, dass dieser Minister nicht die viel beschworene „Fachkraft im Glück“ ist. Es ist ein Glück für uns alle, dass dies der letzte Haushalt dieser Regierung ist.



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-7980